

Im Kampf gegen den Terrorismus

Anti-Terror-Paket für mehr Sicherheit

Die Festnahme von drei mutmaßlichen Islamisten verhinderte in Düsseldorf wahrscheinlich einen Anschlag. Dabei wurde wieder deutlich, wie wichtig ein Informationsaustausch auf internationaler Ebene ist. Dazu hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag ein Gesetzespaket mit verschiedenen Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus beraten.



Foto: picture alliance/ap images

Die Anschläge von Brüssel, Paris oder Istanbul haben gezeigt, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus gestiegen ist. Auch in Deutschland. Deshalb sei man in der Verantwortung, adäquate gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, so der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Stephan Mayer.

Das sogenannte Anti-Terror-Paket, welches am Donnerstag im Bundestag in erster Lesung debattiert wurde, umfasst verschiedene Maßnahmen: Künftig soll das Bundesamt für Verfassungsschutz mit ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben können, um beispielsweise Reisebewegungen von Islamisten zu erkennen. Dabei steht außer Frage, dass rechtsstaatliche Prinzipien auch bei den teilnehmenden Ländern eingehalten werden müssen. Außerdem soll es beim Kauf von Prepaid-Karten eine Identifizierungspflicht geben. So wird verhindert, dass Terrorverdächtige mit wechselnden Handys anonym kommunizieren. Die CSU-Landesgruppe

**Verantwortung,
alles zu tun,
um Anschläge
zu verhindern**

hatte dies bereits Anfang Januar 2016 auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth gefordert. „Wir als nationaler Gesetzgeber haben die Verantwortung und die Verpflichtung, unsere Sicherheitsbehörden so auszustatten, dass sie das Menschenmögliche unternehmen können, um einen Anschlag in Deutschland zu verhindern“, so Mayer. Der jetzige Gesetzentwurf sei deshalb eine notwendige Ergänzung zu dem, was bisher bereits beschlossen wurde. „Ich möchte deutlich dem Eindruck entgegenreten, dass wir erst heute mit dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus beginnen“, sagte Mayer und ergänzte: „Unsere Sicherheitsbehörden – um dies hier deutlich zu sagen – sind gut aufgestellt im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus.“ Man müsse aber hinzufügen, dass es an der einen oder anderen Stelle durchaus Verbesserungsbedarf gebe. Der jetzige Gesetzentwurf zum Anti-Terror-Paket sei deshalb die Grundlage dafür, dass die Sicherheitsbehörden in Zukunft noch besser arbeiten können.



Liebe Leserinnen und Leser,

in der aktuellen Sitzungswoche standen für mich zwei Themen im Vordergrund: das geplante Integrationsgesetz und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Nach den Terroranschlägen in Paris und Brüssel haben wir auf europäischer wie auf nationaler Ebene bereits viel unternommen, um den Schutz unserer Bürger zu verbessern und dem Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats entgegenzutreten. Im Bundestag haben wir am Donnerstag ein neues Gesetzespaket zum besseren Informationsaustausch bei der Terrorismusbekämpfung auf den Weg gebracht. Telekommunikationsanbieter werden verpflichtet, die Identität der Kunden bei Pre-Paid-Verträgen zu überprüfen. Die Bundespolizei kann künftig auch verdeckte Ermittler einsetzen und gefährliche Straftäter sollen nach der Haftentlassung besser überwacht werden.

Daneben hat mich in dieser Woche das geplante Integrationsgesetz beschäftigt. Als zuständige Berichterstatterin im Innenausschuss habe ich dazu viele Hintergrundgespräche in verschiedenen Formaten (u.a. mit Innenminister De Maizière, Vertretern der beteiligten Ministerien sowie anderer Ausschüsse) geführt. Für die Union ist klar: Integration ist nicht nur Angebot, sondern vor allem auch Verpflichtung für jeden. Deswegen erhalten auch anerkannte Flüchtlinge künftig ein dauerhaftes Bleiberecht nur noch, wenn sie substanzielle Integrationsleistungen nachweisen. Die Sprache und die Sicherung des Lebensunterhaltes sind dafür wichtige Indikatoren. Weiterführende Informationen zum geplanten Gesetz sowie meine Rede zum Thema „Ausländerwahlrecht“ finden Sie auf www.lindholz.de.

Andrea Lindholz MdB

Berufsbildungsbericht 2016

Koalition hat einiges auf den Weg gebracht

Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind für Jugendliche so gut wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das zeigt der Berufsbildungsbericht 2016, der am Donnerstag im Deutschen Bundestag beraten wurde.

„Um unsere berufliche Bildung, wie wir sie in Deutschland haben, be-
neiden uns andere Länder. Sie ist
ein echter Exportschlager“, machte
Katrin Albsteiger (CSU) im Bundestag
deutlich. Das sei auch der Hauptgrund
dafür, warum gerade in Deutschland
im Vergleich zu vielen anderen euro-
päischen Ländern eine so geringe
Jugendarbeitslosigkeit herrscht.

Mit rund 522.000 neu abgeschlos-
senen Ausbildungsverträgen haben
2015 fast ebenso viele Jugendliche
wie im Vorjahr eine duale Ausbildung
begonnen. Für die Bewerber hat sich
die Lage am Ausbildungsmarkt positiv
entwickelt. Für viele Betriebe jedoch ist
es erneut schwieriger geworden, ihre
Ausbildungsstellen zu besetzen: Einer
Rekordzahl von rund 41.000 noch
offenen Ausbildungsstellen standen
rund 21.000 unversorgte Bewerber
gegenüber. Der Bericht stellt daneben
fest, dass mehr junge Menschen eine
Hochschulausbildung anstreben als in



Foto: picture alliance/ZB

den vergangenen Jahren. Albsteiger
betonte, dass das Image der Beruf-
lichen Bildung verbessert werden
müsse. So habe die Koalition schon
einiges auf den Weg gebracht – mit
der Allianz für Aus- und Weiterbildung,
der Fortentwicklung des sehr erfolg-
reichen Anerkennungsgesetzes, der
Öffnung internationaler Bildungsko-
operationen für Auszubildende und der

Verbesserung des „Meister-BAföGs“.
Beim letzten Punkt sei die CSU-
Landesgruppe mit ihrem Kreuther
Beschluss 2015 Taktgeber gewesen.
„Wir wollen die besten Köpfe in die
Ausbildung bringen“, so Albsteiger. Sie
warb für weitere Verbesserungen, zum
Beispiel im Bereich Auslandsmobilität
oder bei der Digitalisierung der beruf-
lichen Ausbildung.

Diese Woche

- Im Kampf gegen den Terrorismus
Anti-Terror-Paket für mehr Sicherheit 1
- Berufsbildungsbericht 2016
**Koalition hat einiges auf den Weg
gebracht** 2
- Bayerischer Arbeitsmarkt
Im Ländervergleich die Nase vorn 2
- Flutkatastrophe in Bayern
„Wichtig ist, nun auch schnell zu helfen“ 3
- Bauverträge
Mehr Planungssicherheit 3
- Petitionsausschuss
Weniger Bitten und Beschwerden 3
- Max Straubinger im Interview
**„Geschlossenheit ist ein wichtiger
Erfolgsfaktor im Fußball wie in der
Politik“** 4
- Kultursalon der CDU/CSU-Fraktion
Kulturelle Vielfalt braucht Förderung 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche
Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: karpf kreativ

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließ-
lich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht
zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bayerischer Arbeitsmarkt

Im Ländervergleich die Nase vorn

Bayerns Arbeitsmarkt ist robust. Dies wurde beim Gespräch der CSU-Landesgruppe mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Bundesagentur für Arbeit in Bayern, Markus Schmitz, deutlich.

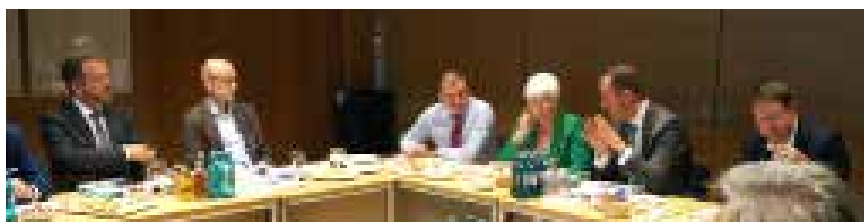


Foto: CSU-Landesgruppe

Mit einer Arbeitslosenquote von 3,4 Pro-
zent im Mai 2016 und einem erneuten
Rückgang der Quote im Vergleich zum
Vorjahr um 1,7 Prozent steht Bayern
auf dem Arbeitsmarkt glänzend da. „Im
Ländervergleich haben wir die Nase
vorn“, so Schmitz. Rund 240.000 Men-
schen sind arbeitslos gemeldet, davon
knapp 27.000 Geflüchtete aus den 15
Hauptherkunftsländern. In etwa 40
Prozent der bayerischen Kreise herrscht
Vollbeschäftigung mit einer stabilen Ar-
beitslosenquote von unter drei Prozent,
nur in einigen Städten liegt sie über fünf
Prozent. Schmitz machte deutlich: „Bay-
ern ist bereits heute ein Land gelebter
Integration“. Er führte aus, dass der Zu-
wachs der Beschäftigung in Bayern auf

einem starken Anstieg ausländischer
Arbeitnehmer beruhe, vor allem aus
Osteuropa. Die bayerischen Betriebe
hätten deshalb bereits viel Erfahrung
mit Integration. Daneben stellte er das
Arbeitsmarktprogramm „Flucht“ vor
und ging auf den Integrationspakt
mit der bayerischen Staatsregierung
und Wirtschaft ein. Schmitz betonte:
„An den Leistungen für Inländer wird
deshalb aber kein Cent gespart“. CSU-
Landesgruppenvorsitzende Gerda
Hasselfeldt lobte den intensiven
Austausch und stellte fest, dass der
größere Spielraum, den die Regio-
naldirektionen vor Ort heute hätten,
in Bayern hervorragend ausgefüllt
werde.

Flutkatastrophe in Bayern

„Wichtig ist, nun auch schnell zu helfen“

Die Situation in Niederbayern ist dramatisch: Sieben Tote, 5.000 zerstörte Häuser, Schäden in Milliardenhöhe. Die Flutkatastrophe, die vor allem in Bayern, aber auch anderswo enorme Schäden anrichtete, beschäftigte in dieser Woche den Bundestag.

Auch wenn die Katastrophe diesmal regional begrenzt sei, stehe sie in keiner Weise dem Hochwasser von 2013 nach, betonte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer aktuellen Stunde. Das Leid der Opfer ist genauso dramatisch, die Schäden für die betroffenen Bürger genauso existenziell. Deshalb müsse auch der Bund bereit sein, einen Beitrag zu leisten – soweit dies möglich ist. „Es geht jetzt darum, die richtigen Konsequenzen zu ziehen“, so Mayer im Plenum. Der Freistaat Bayern hilft bereits: 1.500 Euro wurden betroffenen Bürgern als Sofortmaßnahme ausgezahlt. „Wichtig“, so Mayer, „ist, nun auch schnell zu helfen.“

Das bekräftigte auch Max Straubinger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und direkt gewählter Abgeordneter des mit am stärksten betroffenen Landkreises Rottal-Inn. Vergangenes Wochenende machte sich Straubinger gemeinsam mit



Aufräumarbeiten in Simbach am Inn

Foto: picture alliance/dpa

Bundesminister Alexander Dobrindt persönlich ein Bild vom Ausmaß der Katastrophe. In dem kleinen Örtchen Simbach am Inn entwickelte sich innerhalb von 20 Minuten ein kleines Bächlein zu einer fast fünf Meter hohen Flutwelle. Die Schäden sind enorm – auch an der Infrastruktur. Die Frage, wie es zu dieser Katastrophe kommen konnte, spielte im Deutschen Bundestag auch eine Rolle. Dazu stellte Straubinger klar: „Man sollte

aber nicht sofort die Landwirtschaft in die Ecke stellen und so tun, als sei sie die Verursacherin dieser Situation.“ In den betroffenen Regionen ist nun Aufräumen angesagt. „Mein Dank gilt den vielen Helferinnen und Helfern, die unermüdlich im Einsatz sind, Vermisste zu finden, Schäden zu beseitigen und dabei oft auch ihr Leben riskieren“, betonte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt.

Bauverträge



Foto: picture alliance/sven simon

Mehr Planungssicherheit

Bauunternehmer sollen im Bereich des Verbraucherbauvertrages künftig auf Mindestanforderungen für Baubeschreibungen sowie die Angabe verbindlicher Fertigstellungstermine verpflichtet werden. Das sieht der Gesetzentwurf zur Reform des Bauvertragsrechts vor, der in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. Damit soll die Vergleichbarkeit der Angebote verbessert und den Bauherren mehr Planungssicherheit gegeben werden.

Weiter soll erreicht werden, dass Handwerker und Unternehmer nicht pauschal auf den Folgekosten von Produktmängeln sitzen bleiben, die Lieferanten oder Hersteller zu verantworten haben.

Petitionsausschuss



Foto: Deutscher Bundestag/Jörg F. Müller

Weniger Bitten und Beschwerden

13.137 Petitionen sind im Jahr 2015 an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gerichtet worden. Das sind 2.188 weniger als im Jahr davor. Wie in den Vorjahren haben sich auch 2015 die meisten Eingaben auf den Bereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bezogen. Das geht aus dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses hervor, der am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert wurde.

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht und festgeschrieben im Grundgesetz, Artikel 17. Demnach kann sich jeder – also auch Kinder – „einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die

zuständigen Stellen und an die Volksvertretung wenden.“

Iris Eberl (CSU) machte im Plenum des Bundestages deutlich: „Kein Petent hat danach Repressalien zu befürchten. Das ist großartig und bei weitem nicht in allen Staaten selbstverständlich.“ Im Petitionsausschuss erlebe man deshalb Demokratie, wie sie liebt und lebt.

Wichtige Bedingung, damit sich der Petitionsausschuss des Bundestages aber mit dem Anliegen befasst, ist, dass die Petition die Gesetzgebung auf Bundesebene oder die Tätigkeit der Bundesbehörden betrifft.

Max Straubinger im Interview

„Geschlossenheit ist ein wichtiger Erfolgsfaktor im Fußball wie in der Politik“

Am Freitag ist Anpfiff: Bei der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich rollt der Ball. Im Interview verrät Fußball-Fan und Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, seinen Tipp fürs Endspiel und welche Parallelen es zwischen Politik und Fußball gibt.

Herr Straubinger, die Fußball-EM startet. Ihr Tipp fürs Endspiel?

Auch wenn es verletzungsbedingt einige Schwierigkeiten im Vorfeld der EM gab, mit dem WM-Titel im Rücken schafft es unsere Nationalelf auf jeden Fall ins Finale. Gegner könnte Frankreich oder Spanien sein. Um es – passend zum Thema – mit einem bekannten deutschen Fußballspieler zu sagen: Schau'n mer mal.

Fußball ist Mannschaftssport. Nur im Team hat man Erfolg. Wie wichtig ist Geschlossenheit in der Politik?

Geschlossenheit ist ein wichtiger Erfolgsfaktor im Fußball wie in der Politik. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht intensive, gerne auch kontroverse Diskussionen auch innerhalb einer Partei geben darf. Im Gegenteil: Das ist sogar sehr wichtig. Irgendwann aber muss Schluss sein mit Debatte, dann muss die Truppe stehen. Wenn nämlich ständig einer querschießt, wissen die Menschen nicht, wofür wir eigentlich stehen.



Foto: picture alliance/dpa

Im Fußball kommt es auf die richtige Taktik an. Mit welcher Taktik geht die CSU-Landesgruppe in das letzte Jahr der Wahlperiode?

Wir müssen uns nicht erst irgendeine Taktik überlegen. Unsere Devise ist, gute Politik zu machen. Entscheidungen zu treffen, die nahe an den Bürgerinnen und Bürgern sind. Themen aufzunehmen, die die Menschen beschäftigen und bewegen. Die CSU-Landesgruppe konnte gerade auch in den vergangenen Monaten viele Vorschläge durch- und umsetzen, zum Beispiel was die innere Sicherheit betrifft. Auch das erste Integrationsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik trägt ganz klar die Handschrift der CSU-Landesgruppe.

In diesem Sinne geht es in das letzte Jahr der Wahlperiode.

Wie im Fußball schlagen auch bei der Nachfolge-Frage des Bundespräsidenten die Spekulationen hoch. Wann wird ein Kandidat präsentiert?

Ich bedaure es, dass Bundespräsident Joachim Gauck nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht. Er macht das sehr gut. An Spekulationen über die Nachfolge-Frage beteilige ich mich nicht. Nur so viel: Es besteht kein Grund zur Eile. Wie Gauck selbst gesagt hat, ist der Wechsel im Amt des Bundespräsidenten kein Grund zur Sorge, sondern demokratische Normalität auch in schwierigen Zeiten.

Kultursalon der CDU/CSU-Fraktion

Kulturelle Vielfalt braucht Förderung

Kulturpolitik ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Herzensanliegen. Das drückt sich nicht zuletzt im Etat für die Kulturpolitik des Bundes aus, der in den elf Jahren unionsgeführter Regierungen enorm aufgestockt wurde. Um den Dialog mit den Künstler anzuregen, lud die Unionsfraktion am Mittwoch zum Kultursalon.

Neben Fachdebatten und Künstlergesprächen gab es Kunstgenuss pur: Maestro Daniel Barenboim und Mitglieder des West-Eastern-Divian-Orchestra spielten ein Quintett von Mozart, und das Bundesjugendballett tanzte Auszüge einer Choreografie zu einem Streichquartett von Beethoven. Mehr als 1.000 Gäste kamen zum



Katrin Sass, Gerda Hasselfeldt, Angela Merkel und Petra Zieser beim Kultursalon

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kultursalon unter der Reichstagskuppel. Gerda Hasselfeldt unterstrich die herausragende Bedeutung der Kultur für unser Land und unseren Kontinent: „Deutschland ist eine Kulturnation“. Ohne Förderung, so Hasselfeldt, könne man aber keine kulturelle Vielfalt erreichen. Diese

Botschaft der Kulturschaffenden sei angekommen, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in ihrer Rede. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, das Land habe eine kulturelle Vielfalt und eine Breite des Angebots, die in anderen Ländern der Welt ihresgleichen suchten.